

Antragsteller_innen: Referat für Hochschulpolitik, Referat für Ökologie und Umweltschutz

Das Student_innenparlament der Humboldt-Universität möge beschließen:

Das Präsidium der Humboldt Universität wird aufgefordert, die rechtswidrige Praxis der Technischen Abteilung, unverhältnismäßige, einseitig die Studierenden belastende Auflagen zu erlassen, zu unterbinden.

Weiterhin wird das Präsidium der Humboldt-Universität aufgefordert, zu den in der Vergangenheit ergangenen Auflagen, wie zum Beispiel gegenüber Fachschaftsinitiativen, Stellung zu nehmen.

Die Organe der Verfassten Student_innenschaft behalten es sich vor, zukünftig gegen erteilte unverhältnismäßige Auflagen auch rechtlich vorzugehen.

Begründung:

Die Körperschaften Universität und Verfasste Student_innenschaft sind durch die bestehende Rechtslage zur vertrauensvollen Zusammenarbeit verpflichtet. Die Universität ist wiederum zur Bereitstellung der Infrastruktur angehalten. Die derzeitige Praxis lässt jedoch darauf schließen, dass Veranstaltungen der Student_innenschaft überwiegend als Gefahrenquelle betrachtet werden. Nur so ist zu erklären, dass andere Veranstaltungen innerhalb der Universität, wie auch die Verkaufsstellen des Studentenwerks, von schikanösen Auflagen wie z.B. einem Glasverbot nicht betroffen sind.